

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung beschlossene Sechsendneun-
zigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1966
(Zollkontingent für Zeitungsdruckpapier — 1966)
— Drucksache V/1606 —

A. Bericht des Abgeordneten Schmidhuber

Die Sechsendneunzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1966 (Zollkontingent für Zeitungsdruckpapier — 1966) wurde vom Herrn Präsidenten mit Schreiben vom 7. April 1967 dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen als dringliche Vorlage gemäß § 96 a GO zur Behandlung zugewiesen.

Der Ministerrat der EWG hatte der Bundesrepublik mit Entscheidungen vom 10. Februar 1966 und 22. März 1966 für den Zeitraum vom 1. Januar 1966 bis 31. Dezember 1966 ein zollfreies Kontingent für Zeitungsdruckpapier von insgesamt 525 000 t gewährt.

Der tatsächliche Bedarf der Bundesrepublik für das Jahr 1966 hat sich jedoch als höher erwiesen,

als vom Ministerrat veranschlagt worden war. Der Ministerrat der EWG hat deshalb am 22. Dezember 1966 entschieden, das der Bundesrepublik für das Jahr 1966 für ihre Einfuhren aus dritten Ländern und zum Verbrauch im Zollgebiet gewährte zollfreie Kontingent um weitere 25 000 t auf insgesamt 550 000 t zu erhöhen. Diese Entscheidung entspricht dem deutschen Antrag (regelmäßiger Außenzollsatz: 4,2 % des Wertes).

Da der Deutsche Bundestag in der Sache schon entschieden hat (vgl. Zweiundzwanzigste und Einunddreißigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1966 — Drucksachen V/399, V/557 —) empfiehlt der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen dem Plenum, der Verordnung zuzustimmen.

Bonn, den 19. April 1967

Schmidhuber
Berichterstatler

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
der Verordnung — Drucksache V/1606 — zuzustimmen.

Bonn, den 19. April 1967

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Dr. h. c. Menne (Frankfurt)	Schmidhuber
Vorsitzender	Berichterstatler